

# Das Land braucht ein digitales Update

Die **Digitalisierungspolitik der Landesregierung** ist **mangelhaft**. Der Breitbandausbau kommt nur durch die Privatwirtschaft und die verbesserte Bundesförderung in die Gänge. Die Digitalisierung der Verwaltung wird verschleppt. Baden-Württemberg braucht sowohl schnelle Datenleitungen als auch eine moderne Verwaltung. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft nicht länger verspielen und fordern ein **digitales Update für Baden-Württemberg**.

## Update für die digitale Infrastruktur

Mit einer Glasfaserausbauquote von 29 Prozent liegen wir beim Gigabitausbau im Bundesvergleich gemeinsam mit Berlin auf dem letzten Platz (Bundesdurchschnitt: 43 Prozent). Bei der **Glasfaseranschlussquote** sind wir mit **13 Prozent Schlusslicht** (Bundesdurchschnitt: 23 Prozent). Die Landesregierung schiebt das auf die Topografie und Bevölkerungsstruktur. Sie hat aber zu stark auf geförderten Ausbau gesetzt. Kein Land fordert so viele Fördermittel vom Bund für den Glasfaserausbau: Mit 3,4 Milliarden Euro hat die Landesregierung für das Jahr 2024 fast siebenmal mehr Mittel beantragt als für sie vorgesehen war. Für uns ist klar: Förderung ist wichtig in Regionen, in denen eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht möglich ist. Aber: das Land muss eine **ergänzende Förderrichtlinie** vorlegen, bei der **eigenwirtschaftlicher Ausbau oberste Priorität** hat. Wir schlagen eine Voucher-Förderung vor, ein Gutscheinmodell, das den Ausbau durch Privatunternehmen begleitet. Das Land muss zudem **alternative Verlegemethoden flächendeckend zulassen** und die Kommunen dazu anhalten diese zu genehmigen.

## Update für die Cybersicherheit

Zahl und Wucht der **Cyberangriffe wachsen rasant**. Dennoch sind die **vorhandenen Schutzmechanismen** der Landesregierung **unzureichend**. Hochschulen, Behörden und Kommunen werden immer wieder Opfer von Cyberangriffen. Wir fordern eine verschlankte Cybersicherheitsarchitektur, eine spezifische Risikoanalyse für Baden-Württemberg, also ein Cybersicherheitslagebild für die IT-Sicherheit aller Behörden, eine Schulungsoffensive für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zur schnellen Bekämpfung der Defizite, die Stärkung der Cybersicherheitsagentur (CSBW) sowie einheitliche und verbindliche Cybersicherheitsvorgaben.

## Update für die Digitalisierung der Verwaltung

Die **schleppende Digitalisierung der Verwaltung** ist nicht nur für Bürger ein Ärgernis. Sie gefährdet die Leistungsfähigkeit des Staates und ist ein Bremsklotz für die Wirtschaft. Es braucht endlich eine **klare Strategie**, wohin sich die Gesamtheit der **Landes-IT entwickeln** soll. Dazu gehört die Entwicklung einer zentrale Dienstleistungsplattform, auf der medienbruchfrei Verwaltungsvorgänge durchgeführt werden können und E-Government-Angebote, die von den Anwendern hergedacht werden. Zudem muss der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung von der Ausnahme zur Regel werden.

## ANSPRECHPARTNER



**Daniel Karrais Mdl**

Sprecher für Digitalisierung

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9340



**Isabell Hegyi**

Parlamentarische Beraterin

isabell.hegyi@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9236

# Digitale Verwaltung der Zukunft

Wenn Bürger, Unternehmen und Verwaltungsmitarbeiter die Verwaltung als unattraktiv, bürokratisch und ineffizient empfinden, leidet das Ansehen des Staates. Langfristig leidet das Vertrauen in den Staat und die Demokratie. Hinzu kommt, dass schon heute der Fach- und Arbeitskräftemangel im Öffentlichen Dienst deutlich spürbar ist. Durch weitere Pensionierungs- und Ruhestandswellen geht in den nächsten fünf bis zehn Jahren rund jeder vierte Beschäftigte verloren. Gleichzeitig kommen viel weniger junge Verwaltungsfachkräfte nach. Mehr Aufgaben bei erwartbar weniger werdendem Personal und ohne Aussicht auf automatisierungsfähige Digitalisierung der Prozesse führen unweigerlich in den Verwaltungskollaps. **Ein solches drohendes Staatsversagen zu verhindern, muss oberste Priorität im politischen Handeln haben.**

Wir wollen, dass die Verwaltung als Schnittstelle zwischen Staat und Bürger so zeitgemäß ist wie der Alltag. Darum setzen uns für einen digitalen

Modernisierungsprozess in der Verwaltung ein. Die **Digitalisierung der Verwaltung ist für uns eine zwingende Notwendigkeit**. Rund 40 Prozent der Vorgänge in der Verwaltung sind automatisierbar. **Digitalisierung** und insbesondere der **Einsatz von KI** ermöglichen **effizientere Verwaltungsprozesse, schnellere Services und Entlastung von monotonen Arbeitsprozessen**. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass die Wertschöpfung im öffentlichen Sektor durch den Einsatz von generativer KI um 23,9 Milliarden Euro gesteigert werden könnte. Als Nebeneffekt kann das auch Wirtschaft und Gesellschaft positiv beeinflussen, wenn durch effizientere Verwaltungsprozesse das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Kompetenz des Staates gesteigert wird.

Wir fordern deshalb nicht nur mehr Pilotprojekte zum Einsatz von KI in der Verwaltung, sondern auch deren Verstetigung. Es braucht landesseitige Unterstützung, um insbesondere Kommunen beim Einsatz von KI zu unterstützen.

## INITIATIVEN

- » Maßnahmen der Landesregierung zur Wahrung der digitalen Souveränität [Drucksache 17/7743](#)
- » Ausstattung der Polizei mit mobiler Informationstechnologie [Drucksache 17/7662](#)
- » Nutzerfreundliches digitales Angebot im öffentlichen Nahverkehr – Maßnahmen der Landesregierung [Drucksache 17/7742](#)
- » Personalsituation der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) als zentrale IT-Dienstleisterin des Landes Baden-Württemberg [Drucksache 17/7740](#)
- » F13 in der Landesverwaltung [Drucksache 17/7325](#)
- » Fehlende Fördermittel des Landes für den Gigabitausbau – wie geht die Landesregierung mit den betroffenen Kommunen um? [Drucksache 17/7304](#)
- » Umsetzung der NIS-2-Richtlinie in Baden-Württemberg [Drucksache 17/7136](#)

## ARBEITSGRUPPE



## ANSPRECHPARTNER

Daniel Karrais MdL



## Positionspapier

Baden-Württemberg braucht ein digitales Update – Wie wir Verwaltung und Staat fit für die 2030er Jahre machen